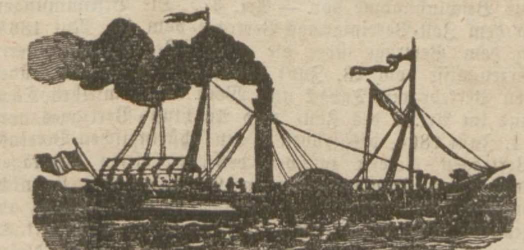
Danziger Dampfboot.

№ 78.

Dienstag, den 2. April.

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1867.

38ster Jahrgang.

Telegraphische Depeschen.

Königsberg, Montag 1. April.

Auf morgen erwartet man sicher die Wiedereröffnung der Schifffahrt, wenigstens für Dampfer. Der Pregel ist ganz frei von Eis, auf dem Haff nur Schaumeis.

Haag, Montag 1. April.

Der „Staatscourant" bringt im nichtamtlichen Theile folgendes Communiqué: „Wir werden Namens der luxemburgischen Kanzlei ersucht, die Nachricht, es habe eine Abtretung des Großherzogthums stattgefunden, auf das Formellste zu dementiren und hervorzuheben, daß von einer derartigen Abtretung erst die Rede sein könnte, nachdem auch die in dieser Frage interessirten Großmächte sich untereinander verständigt haben würden.

Triest, Montag 1. April.

Mit der Ueberlandpost eingetroffene Berichte melden aus Alexandrien vom 27. März, daß die Mission Nubar—Pascha bei der Pforte einen vollständigen Erfolg gehabt habe. Die Hauptkonzessionen, die dem Vicekönig von Egypten gemacht sind, bestehen in der Befugniß zum selbstständigen Abschluß von Handelsverträgen und in der Unabhängigkeit der Rechtspflege.

Norddeutscher Reichstag.

24. Plenar-Sitzung. Montag, 1. April.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt, auch die des diplomatischen Korps. In der Hofloge der Kronprinz, die Großherzogin von Baden, Prinz Nikolaus von Nassau ꝛc. Am Tisch der Bundeskommissare Graf Bismarck mit einer sehr großen Zahl seiner Kollegen. — Präs. Simson: Gestern Nachmittag ist mir eine Interpellation in Betreff der luxemburgischen Frage vom Abg. v. Bennigsen und unterzeichnet von mehr als 70 Mitgliedern übergeben worden. Ich richte an den Herrn Vorsitzenden der Bundeskommissarien die Frage, ob und wann er bereit sei, die Interpellation zu beantworten? — Graf Bismarck: Ich bin bereit, sofort zu antworten. Die Interpellation lautet: Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstags richten die nachstehenden Anfragen an den Herrn Vorsitzenden der Bundes-Kommissare: 1) Hat die königlich preußische Regierung Kenntniß davon erhalten, ob die in täglich verstärktem Maße auftretenden Gerüchte über Verhandlungen zwischen den Regierungen von Frankreich und den Niederlanden wegen Abtretung des Großherzogthums Luxemburg begründet sind? 2) Ist die königlich preußische Regierung in der Lage, dem Reichstage — in welchem alle Parteien einig zusammenstehen werden in der kräftigsten Unterstützung zur Abwehr eines jeden Versuchs, ein altes deutsches Land von dem Gesammt-Vaterlande loszureißen — Mittheilung darüber zu machen, daß sie im Verein mit ihren Bundesgenossen entschlossen ist, die Verbindung des Großherzogthums Luxemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr hin dauernd sicher zu stellen? (Es folgen die Unterschriften.) Abg. v. Bennigsen erhält das Wort zur Begründung der Interpellation: M. H. Seit einigen Tagen mehren sich von allen Seiten die Nachrichten über Verhandlungen zwischen der französischen und niederländischen Regierung wegen Abtretung des Großherzogthums Luxemburg; es tritt selbst die Behauptung auf, daß ein solcher Abtretungsvertrag bereits abgeschlossen sei. Danach würde ein Fürst aus deutschem Geschlechte, uneingedenk der deutschen Erinnerungen einen Handel eingegangen sein über ein Land, welches zu allen Zeiten ein deutsches Land gewesen ist. Luxemburg, ein deutsches Land, aus dessen Fürstengeschlecht deutsche Kaiser hervorgegangen sind, soll durch einen solchen Handel für Deutschland verloren gehen. Es ist eine dringende Aufforderung für den Reichstag, in einer solchen Lage sich klar darüber zu machen, was die Vertreter der deutschen Nation einer solchen Gefahr gegenüber zu thun gewillt sind. Wir haben nicht blos einen Theil des deutschen Gebietes zu schützen, sondern eine wichtige militärische Position gegen eine unmittelbare Bedrohung der Rheingrenze. Wir sollen eine Bundesfestung aufgeben, in welcher die preußische Regierung das werthvolle Recht der Besatzung besitzt. Die Bevölkerung ist wesentlich deutsch und denkt nicht daran, französisch werden zu wollen. In diesem Falle giebt es nur eine Partei hier im Hause. (Bravo.) Die Schwierigkeiten, welche sich in den letzten Wochen bei den einzelnen Fragen des Ausbaues der Verfassung des norddeutschen Bundes gezeigt haben, diese werden nicht den geringsten Einfluß äußern auf die Haltung des Reichstages, wo es gilt, einmüthig und entschlossen dem Auslande gegenüber zu stehen. (Bravo.) Das Ausland will die Zwischenzeit benutzen, wo das Werk noch nicht fertig ist, wo noch Kämpfe der inneren Politik herrschen. Wenn wir nicht den ersten Versuchen entgegentreten, dann werden sich die Prätensionen wiederholen, wir werden keinen starken Staat errichten, sondern in der Zerrissenheit verharren. Wenn wir Vertrauen hegen zur kräftigen Politik der Regierung, die sich namentlich im vorigen Jahre erprobt hat, so wird dieses Vertrauen hoffentlich jetzt seine Bewährung erhalten, wo wir den Frieden erhalten können, wenn wir uns stark zeigen, wenn wir den Krieg nicht scheuen, wo es eine gerechte Sache gilt. (Lebhaftes Bravo.) In Frankreich ist es das Bestreben der alten Parteien und der altgewordenen Führer, die Leidenschaften in Volk und Armee aufzuregen, vielleicht nicht sowohl um Eroberungen zu machen, sondern um der gegenwärtigen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. (Sehr wahr!) Gegen solche Tendenzen gilt es, rasch und energisch einzuschreiten. Wenn in dem Augenblick, wo der Reichstag versammelt ist zur Begründung der Bundesverfassung, eine deutsche Provinz losgerissen wird, so würde das der auswärtigen Politik den Stempel der Schwäche aufdrücken. — Sie erinnern sich wohl Alle des patriotischen Ausspruches des Königs Wilhelm, daß kein Dorf von deutschem Gebiete losgerissen werden dürfe. Dieser Ausspruch hat lebhaften Widerhall in der deutschen Nation gefunden und ist in dankbarer Erinnerung. Jetzt, wo die Vertreter der Nation um den König versammelt sind, wird er, falls ein Aufruf erfolgte, keine Parteien, sondern eine einige geschlossene Nation finden. (Bravo.) Bei auswärtigen Gefahren werden die innern Differenzen schnell schwinden und rasch werden sich beide Seiten nähern und das Werk, das wir bis Ostern zu vollenden hofften, kann in wenigen Tagen beendet sein. (Bravo rechts.) Die französische Nation muß unsere Ueberzeugung kennen lernen. Wir suchen den Krieg nicht; bricht er aus, so hat Frankreich die Verantwortung. Beide Nationen sind groß und mächtig genug, um friedlich neben einander leben zu können, in Förderung der Sitte und Kultur. Jeder Krieg würde beiden Nationen schwere Wunden schlagen. Aber wenn das Ausland uns stört, wenn es den Moment benutzen will, wo unser Konstituirungswerk noch nicht abgeschlossen ist, dann werden, ich hoffe es, die Nation wie die Regierungen den äußersten Widerstand leisten. Lassen Sie dem Auslande keinen Zweifel an unserer Einigkeit. (Lebhafter Beifall.) — Graf Bismarck: Sie werden es begreiflich finden, daß ich mich auf die Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse beschränke, soweit sie bekannt sind. Ich gehe zurück auf die Ursachen, weshalb Luxemburg nicht Mitglied des norddeutschen Bundes ist. Nach der Auflösung des deutschen Bundes erhielt der Großherzog von Luxemburg denselben Charakter europäischer Souveränetät zurück, welchen er als König der Niederlande besaß. Ein großer Theil der deutschen Fürsten, welche sich in gleicher Lage befanden, benutzte diese Souveränetät, um auf nationalem Boden einen neuen Bund zu stiften. Luxemburg hielt dies seinen Interessen nicht entsprechend. Wir sind davon unterrichtet, daß in allen Schichten der Bevölkerung Abneigung gegen den Anschluß an den nordd. Bund vorhanden ist; in den höchsten Schichten wegen der Abneigung gegen Preußen, in den unteren wegen der Abneigung gegen die damit verbundenen Lasten. Die Mißstimmung der dortigen Regierung fand ihren Ausdruck in einer Depesche vom Oktober v. J., in welcher uns das Garnisonsrecht in Luxemburg bestritten wurde. Wir mußten uns die Frage vorlegen, ob wir, namentlich wegen des Verhältnisses Luxemburgs zum Zollverein, einen Druck auf dasselbe üben sollten? Nach reiflicher Erwägung haben wir diese Frage verneint. Es erschien uns zunächst von zweifelhaftem Vortheil, ein Mitglied im norddeutschen Bunde zu haben, das seinen Schwerpunkt außerhalb des Bundes hätte. Wir haben im alten Bunde damit schlimme Erfahrungen gemacht. Ferner erforderte Luxemburg vermöge seiner geographischen Lage und seiner eigenthümlichen Verhältnisse einen höheren Grad von Vorsicht. Man hat von der preußischen Politik kürzlich mit Recht geäußert, daß sie bestrebt sei, die Empfindlichkeit Frankreichs zu schonen. Aus dieser Rücksicht enthalte ich mich, auf den zweiten Theil der Interpellation mit Ja oder Nein zu antworten. Dieser zweite Theil ist ein solcher, wie er wohl ansteht einer auf nationalem Boden befindlichen Volksvertretung, aber auf diplomatischem Boden sind andere Rücksichten zu beobachten, so lange der Frieden zu erhalten ist. Was den ersten Theil der Interpellation betrifft, so kann die Regierung nicht annehmen, daß der Abschluß des bezüglichen Vertrages schon erfolgt sei, sie kann auch das Gegentheil nicht mit Bestimmtheit versichern, auch nicht, ob der Abschluß, falls er noch nicht erfolgt ist, nicht unmittelbar bevorstehe. Das Einzige, was ich bestimmt angeben kann, ist Folgendes: Vor wenigen Tagen setzte der König von Holland den preußischen Gesandten in Haag mündlich in die Lage, sich zu erklären, wie Preußen es auffassen würde, wenn er sich des Großherzogthums Luxemburg entäußerte? Unser Gesandter ist angewiesen worden, zu antworten: daß weder die preußische noch die Bundes-Regierungen einen Beruf hätten, sich darüber zu äußern, daß sie dem König von Holland dafür die Verantwortung überlassen und daß die preußische Regierung, bevor sie sich äußerte, jedenfalls sich vorher versichern würde, wie ihre Bundesgenossen, ferner die Mitunterzeichner des Vertrages von 1839 und die öffentliche Meinung, repräsentirt durch diesen Reichstag darüber denken? (Bravo.) Ich kann ferner mittheilen, daß die niederländische Regierung durch ihren hiesigen Gesandten uns ihre guten Dienste anbot bei den Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich. (Gelächter.) Wir haben geantwortet, daß wir nicht in der Lage seien, von diesen guten Diensten Gebrauch zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) In dieser Lage befindet sich die Sache noch zu dieser Stunde, und ich beziehe mich auf das, was ich oben über die Möglichkeit gesagt habe. Ich kann mich über die Absichten der Regierung nicht öffentlich äußern (sehr richtig!), aber Sie und die verbündeten Regierungen können versichert sein, daß keine Macht unser Recht beeinträchtigen werde. Wir hoffen, dieses Recht auf friedlichem Wege zu schützen ohne Gefährdung der Beziehungen zu unseren Nachbarn; wir hoffen es um so mehr, wenn das eintritt, was Hr. v. Bennigsen über die Haltung des Reichstags gesagt. (Sehr lebhaftes Bravo!) — Präsident Dr. Simson: Ein Antrag ist in Bezug auf diese Interpellation nicht gestellt. Ich glaube aber zuversichtlich die Empfindung dieses hohen Hauses auszusprechen, wenn ich sage, daß die Art und Weise, wie die Interpellation und ihre Beantwortung hier aufgenommen worden ist, deutlicher und unzweideutiger ist wie irgend ein formeller Antrag. (Bravo.) —

Eine lebhafte Bewegung herrscht im Hause und die allgemeine Diskussion über Abschnitt VI. des Verfassungsentwurfs „Zoll- nnd Handelswesen" (Art. 30 bis 37), welche nunmehr folgt, findet ein sehr unaufmerksames Haus. Abg. Erxleben gegen die Vorlage; er hat verschiedene Abänderungen beantragt. Abg. Michaelis knüpft an die vorangegangene Interpellation an mit dem Bemerken, daß es sich hier ebenfalls um eine nationale Frage handle, um Beseitigung alter nationaler Schäden. Abg. Braun (Hersfeld) wünscht möglichst schnelle Erledigung. Dr. Schleiden erörtert die Verhältnisse der Hansestädte mit besonderer Bezugnahme auf Hamburg-Altona. Nach einer kurzen Bemerkung des Bundeskommissars Delbrück über das Verhältniß der süddeutschen Staaten einerseits, Mecklenburgs und der Hansestädte andererseits zum Zollverein, wird die allgemeine Diskussion geschlossen. — Art. 30 lautet: „Der Bund bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Ausgeschlossen bleiben die wegen ihrer Lage zur Einschließung in die Zollgrenze nicht geeigneten einzelnen Gebietstheile. Alle Gegenstände, welche im freien Verkehr eines Bundesstaates befindlich sind, können in jeden anderen Bundesstaat eingeführt und dürfen in letzterem einer Angabe nur in so weit unterworfen werden, als daselbst gleichartige inländische Erzeugnisse einer inneren Steuer unterliegen. — Die Abgg. Erxleben und Francke beantragen, am Schlusse zu lesen: „einer nicht gemeinschaftlichen inneren Steuer unterliegen." Abg. Erxleben erklärt sich kurz für, Herr Delbrück gegen das Amendement. Letzteres

wird abgelehnt und Art. 30 angenommen. — Art. 31 lautet: „Die Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg mit einem dem Zwecke entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen." — Abg. Grumbrecht für Art. 31, obwohl in Harburg (das er vertritt) die Stimmung gegen den Art. 31 ist. Abg. Wiggers (Berlin) will den Hansestädten nur eine interimistische Freihandelsstellung gewähren. Abg. Sloman (Hamburg) für den Art. 31. Abg. Evans beantragt zu ändern: statt „bleiben als Freihäfen" zu sagen: „bleiben vorläufig 2c.", und die Worte „bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen", zu streichen. Nachdem noch Abg. Meyer (Bremen) für den Art. gesprochen, wird die Diskussion geschlossen, das Amendement abgelehnt und der Art. 31 angenommen. — Die Art. 32, 33 und 34 werden ohne Diskussion angenommen; dieselben lauten: Art. 32. Der Bund ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, über die Besteuerung des Verbrauches von einheimischem Zucker, Branntwein, Salz, Bier und Taback, sowie über die Maßregeln, welche in den Zollausschlüssen zur Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze erforderlich sind. — Art. 33. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern (Art. 32) bleibt jedem Bundesstaate, so weit derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebietes überlassen. Das Bundespräsidium überwacht die Einhaltung des gesetzlichen Verfahrens durch Bundesbeamte, welche es den Zoll- oder Steuerämtern und den Direktiv-Behörden der einzelnen Staaten, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen, beiordnet. — Art. 34. Der Bundesrath beschließt 1) über die dem Reichstage vorzulegenden oder von demselben angenommenen, unter die Bestimmung des Artikel 32 fallenden gesetzlichen Anordnungen, einschließlich der Handels- und Schifffahrts-Verträge; 2) über die zur Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 32) dienenden Verwaltungs-Vorschriften und Einrichtungen; 3) über Mängel, welche bei der Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 3) hervortreten; 4) über die von seiner Rechnungsbehörde ihm vorgelegte schließliche Feststellung der in die Bundeskasse fließenden Abgaben (Art. 36). Jeder über die Gegenstände zu 1 bis 3 von einem Bundesstaate oder über die Gegenstände zu 3 von einem kontrolirenden Beamten bei dem Bundesrathe gestellte Antrag unterliegt der gemeinschaftlichen Beschlußnahme. Im Falle der Meinungsverschiedenheit giebt die Stimme des Präsidiums bei den zu 1 und 2 bezeichneten alsdann den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechthaltung der bestehenden Vorschrift oder Einrichtung ausspricht, in allen übrigen Fällen entscheidet die Mehrheit der Stimmen nach dem in Art. 6 dieser Verfassung festgestellten Stimmverhältniß. Art. 35 lautet: Der Ertrag der Zölle und der im Art. 32 bezeichneten Verbrauchsabgaben fließt in die Bundeskasse. Dieser Ertrag besteht aus der gesammten von den Zöllen und Verbrauchsabgaben aufgekommenen Einnahme nach Abzug 1) der auf Gesetzen oder allgemeinen Verwaltungs-Vorschriften beruhenden Steuer-Vergütungen und Ermäßigungen; 2) der Erhebungs- und Verwaltungskosten, und zwar: a. bei den Zöllen und der Steuer von inländischem Zucker, soweit diese Kosten nach den Verabredungen unter den Mitgliedern des deutschen Zoll- und Handelsvereins der Gemeinschaft [illegible] werden konnten, b. bei den übrigen Steuern mit fünfzehn Prozent der Gesammt-Einnahme. Die außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze liegenden Gebiete tragen zu den Bundesausgaben durch Zahlung eines Aversums bei. — Hierzu sind folgende Amendements gestellt: Erxleben und Francke: im Artikel 35 die Nr. 1 und 2 folgendergestalt zu fassen: nach Abzug 1) der durch Bundesgesetz zu regelnden Steuer-Vergütungen und Ermäßigungen; 2) der Erhebungs- und Verwaltungskosten, welche künftig nach Maßgabe des vom Reichstage bewilligten Budgets, vorerst aber, und zwar längstens bis zum 1. Januar 1869 a. bei den Zöllen und der Steuer von inländischem Zucker mit den Beträgen in Ansatz zu bringen sind, welche nach den Verabredungen u. s. w., wie im Entwurf, im Art. 35 am Schlusse zu lesen: Zahlung eines, unter Zustimmung des Reichstages festzustellenden Aversums bei. — Abg. Michaelis: Der Reichstag wolle beschließen: im Art. 35 zwischen Alinea a und b einzuschalten: b) bei der Steuer von inländischem Salze — sobald solche, sowie ein Zoll von ausländischem Salze unter Aufhebung des Salzmonopols eingeführt sein wird — mit dem Betrage der auf Salzwerken erwachsenden Erhebungs- und Aufsichtskosten, und das Alinea b mit c zu bezeichnen. Der Abg. Michaelis befürwortete sein Amendement. — Der Reichstagskommissarius Delbrück erklärte: Ich habe das von dem Herrn Abg. Michaelis gestellte und so eben entwickelte Amendement aus den von ihm dargelegten Gründen zur Annahme zu empfehlen. Es entspricht den Verhältnissen, daß bei der Salzsteuer nur diejenigen Beträge wirklich in Abzug kommen, die für die Erhebung dieser Steuer verausgabt werden. Es wird dadurch die Salzsteuer in gleiche Linie gestellt mit den übrigen in dem Artikel bezeichneten gemeinschaftlichen Abgaben, und daß sie nicht in dem Entwurf diese Stellung hat, beruht auf dem Umstande, daß bei der Redaction dieses Artikels die Frage wegen Aufhebung des Salzmonopols noch nicht so weit gediehen war, wie es heute ist. — Der Abg. Erxleben begründete seine Abänderungs-Vorschläge; gegen die Annahme der letzteren sprach der Reichstags-Commissarius Delbrück. — Der Abg. Erxleben zog die erste Position seiner Abänderungs-Vorschläge (1) der durch Bundesgesetz zu regelnden Steuervergütungen und Ermäßigungen zurück. Das Amendement Erxleben wurde von dem Hause abgelehnt; das Amendement Michaelis wurde angenommen und mit letzterem der ganze Art. 35. — Die Art. 36 u. 37 wurden ohne Debatte angenommen. Dieselben lauten: Art. 36. Die von den Erhebungs-Behörden der Bundesstaaten nach Ablauf eines jeden Vierteljahres aufzustellenden Quartal-Extrakte und die nach dem Jahres- und Bücher-Schlusse aufzustellenden Final-Abschlüsse über die im Laufe des Vierteljahres beziehungsweise während des Rechnungsjahres fällig gewordenen Einnahmen an Zöllen und Verbrauchs-Abgaben werden von den Direktiv-Behörden der Bundesstaaten, nach vorangegangener Prüfung, in Hauptübersichten zusammengestellt und diese an den Ausschuß des Bundesrathes für das Rechnungswesen eingesandt. Der Letztere stellt auf Grund dieser Uebersichten von drei zu drei Monaten den von der Kasse jedes Bundesstaates der Bundeskasse schuldigen Betrag vorläufig fest und setzt von dieser Feststellung den Bundesrath und die Bundesstaaten in Kenntniß, legt auch alljährlich die schließliche Feststellung jener Beträge mit seinen Bemerkungen dem Bundesrathe zur Beschlußnahme vor. — Art. 37. Die Bestimmungen in dem Zoll-Vereinigungs-Vertrage vom 16. Mai 1865, in dem Vertrage über die gleiche Besteuerung innerer Erzeugnisse vom 28. Juni 1864, in dem Vertrage über den Verkehr mit Taback und Wein von demselben Tage und im Art. 2 des Zoll- und Anschluß-Vertrages vom 11. Juni 1864, desgleichen in den Thüringischen Vereins-Verträgen bleiben zwischen den bei diesen Verträgen betheiligten Bundesstaaten in Kraft, so weit sie nicht durch die Vorschriften der gegenwärtigen Verfassung abgeändert sind und so lange sie nicht auf dem im Art. 34 vorgezeichneten Wege abgeändert werden. — Mit diesen Beschränkungen finden die Bestimmungen des Zoll-Vereinigungs-Vertrages vom 15. Mai 1865 auch auf diejenigen Bundesstaaten und Gebietstheile Anwendung, welche dem Deutschen Zoll- und Handels-Vereine zur Zeit nicht angehören. — Es folgte die Generaldiskussion über Abschnitt VII. „Eisenbahnwesen." Der Abg. Michaelis empfahl seine Abänderungsvorschläge, welche mit großer Majorität angenommen wurden.

Politische Rundschau.

Am gestrigen Tage ist in Paris die Welt-Industrie-Ausstellung eröffnet und mit ihr der gesammten Welt ein neues Zeichen der immer inniger werdenden Verbindung oder, wie die Idealisten sagen, Verbrüderung der Völker gegeben worden. Wir meinen, wenn diese allgemeinen Ausstellungen irgend eine kulturhistorische Bedeutung haben, so ist es die, daß sie laut und deutlich die Lehre verkünden, daß ein Volk das andere braucht, daß, so wie jeder einzelne Mensch auf die Hülfe seiner Nebenmenschen, so auch jedes Volk auf die Hülfe seiner Mitvölker angewiesen ist. Mit dem Wachsen dieser Erkenntniß wird sich die Wahrscheinlichkeit der Kriege verringern, und wenn diese Kenntniß allgemein ist, werden die Kriege eine Unmöglichkeit sein. Denn kein Volk wird sich zur wohlüberlegten, lange vorbereiteten Vernichtung derer entschließen, von deren Nützlichkeit für sein eigenes Wohlbefinden es überzeugt ist. Wenn wir nun aber von den Industrie-Ausstellungen derartige Resultate erwarten, so scheint dem doch das in der Neuzeit, am Tage vor der Begehung eines solchen allgemeinen Friedensfestes hervortretende Bestreben der einzelnen Staaten, sich gegenseitig durch ihre Rüstungen zu übertreffen, zu widerstreiten. Das ist auch auf den ersten Blick der Fall, aber wenn wir genauer zusehen, so werden wir finden, daß auch diese Rüstungen schließlich zu demselben Ziele, nämlich zur Vermeidung des Krieges führen müssen. Alle diese Rüstungen kosten Geld, und zwar verhältnißmäßig mehr Geld, als es die Entwickelung der Industrie vertragen kann. Nun wird aber nicht, wie so Mancher glauben könnte, die Industrie dadurch in ihrer Entwickelung aufgehalten oder gar zurückgedrängt werden, sondern im Gegentheil, die Industrie ist zu einer solchen unwiderstehlichen Macht angewachsen, daß sie ihren Einfluß geltend machen und eine weitere Ausdehnung der Rüstungen verhindern wird. Ist man aber erst einmal auf dem Punkt angekommen, daß man aus Rücksicht auf die Industrie, d. h. auf die Arbeit des Volkes, eine weitere Ausdehnung der Rüstungen nicht mehr für zweckmäßig hält, so wird man auch sehr bald zu der Einsicht kommen, wie sehr wünschenswerth ein europäisches Tribunal wäre, durch dessen Entscheidung die streitigen Punkte zwischen den Nationen, statt durch Kriege zu erledigen wären. Bis zu diesem Zeitpunkte ist allerdings wohl noch lange hin. Aber die Ausstellung wird doch ein Zeugniß ablegen, daß die Industrie seit dem letzten Jahrzehnt so mächtig angewachsen ist, daß jetzt wenigstens Niemand mehr daran zweifelt, daß sie bestimmt ist, in der Entwickelungsgeschichte der Staaten eine hervorragende, vielleicht gar eine entscheidende Rolle zu spielen. —

Eine Correspondenz aus dem Haag verbreitet sich über die luxemburgische Frage dahin, daß der König der Niederlande keineswegs des „schnöden Geldes" halber Luxemburg verkaufen wolle; einem Manne, der den größten Theil seines Vermögens freiwillig hingegeben, um die Noth seines durch eine furchtbare Ueberschwemmung schwer heimgesuchten Volkes zu lindern, dürfte man solche Motive nicht zutrauen. Durch Preußen indirect bedroht, habe der König-Großherzog sich durch den Verkauf die Garantie der Integrität und Unabhängigkeit der Niederlande seitens Frankreichs sichern wollen, und das sei der eigentliche Kaufschilling! Ob der Verkäufer schließlich dennoch betrogen sein werde, müsse die Zeit lehren; die angeführten Motive könne man aber nicht, wie geschehen, unedel nennen.

Von Saar und Mosel laufen Berichte ein, welche melden, daß die luxemburgische Angelegenheit gewaltig auf Handel und Gewerbe drücke. Man sieht dort mit größter Spannung der Entwickelung der Frage entgegen. Die gestern von uns gebrachte Nachricht von militärischen Maßregeln in Luxemburg bestätigt sich: allenthalben sind die Wachen verdoppelt worden; jeder Soldat hat Patrouillen erhalten, man meint, um nöthigenfalls dem Pöbel entschieden entgegentreten zu können.

In Wiener Hofkreisen behauptet man, Graf Bismarck hätte dem französischen Cabinet bezüglich der Abtretung Luxemburgs an Frankreich geantwortet, daß darüber nicht Preußen allein, sondern der Norddeutsche Bund zu entscheiden habe. (S. vorne.)

In manchen französischen Journalen findet man jetzt Warnungsrufe an die Regierung, der Luxemburgfrage gegenüber ihr eigenes Princip: Nationalität und Selbstbestimmung der Völker, nicht zu verleugnen, — man solle den Luxemburgern gestatten, ihren eigenen Willen kund zu thun, wozu sie das vollkommenste Recht hätten. —

Die Schließung von Schutz- und Trutzbündnissen scheint nachgerade in der diplomatischen Welt zur Manie geworden zu sein; in Petersburg ist nun auch die Rede von einem solchen Bündniß zwischen Rußland, Preußen und Rumänien, — ja dasselbe soll bereits abgeschlossen sein.

Die inneren Zustände Griechenlands verschlimmern sich immer mehr, schreibt man aus Korfu; der Handel, mit Ausnahme der Ausfuhr unseres Oelerzeugnisses, ist gänzlich vernichtet; die Beamten, welche unter dem englischen Protectorat beinahe das Doppelte ihres jetzigen Gehalts genossen, sind von einem Tage zum anderen ihrer Existenz nicht sicher, und viele werden durch andere aus Morea ersetzt; ihre Familien sind daher in großem Elend. Allein auch die für die Einverleibung in Griechenland so enthusiastisch gewesenen Grundeigner sind sehr hart mitgenommen worden, und noch Schlimmeres steht ihnen jetzt bevor. Zuerst war ein Gesetz erlassen, daß die Landleute und Verweser von ihren in der Stadt wohnenden Lohnherren Schulden halber nicht mehr gerichtlich belangt werden können, und jetzt ist in Athen ein anderes Gesetz im Antrage, daß auf den jonischen Inseln alle Landbesitzer in der Stadt die Halbscheid ihrer Güter an ihre Verwalter abtreten müssen. Die Jonier haben sich durch die Einverleibung in Griechenland ganz andere Dinge versprochen und sehen sich jetzt in ihren Erwartungen tief getäuscht.

— Unserem Könige ist es ärztlich empfohlen worden, sich nicht, wie in letzterer Zeit, so großer Anstrengungen zu unterziehen, sondern sich mehr zu schonen.

— Gutem Vernehmen nach ist der Kronprinz von Sachsen mit dem Chef des Generalstabes in Berlin zur Meldung eingetroffen, daß die sächsischen Truppen bundesmäßig formirt seien. Der Kronprinz und seine Begleiter tragen bereits die bundesmäßigen Uniformen. Der Kronprinz ist zum commandirenden General des zwölften Bundesarmeecorps ernannt.

— Sehr bemerkenswerth, so wird mehrfach von Berlin gemeldet, ist die rege Theilnahme, mit welcher der Großherzog von Baden den Verhandlungen des Reichstags folgt; sein Bruder, der Prinz Wilhelm, hatte bisher jeder Sitzung beigewohnt. — Sind Sie musikalisch? — Ich nicht, aber mein Bruder bläßt die Flöte.

— Wie verlautet, sind nunmehr die Berathungen der militärischen Commission, welche unter dem Vorsitze des Kronprinzen zusammengetreten ist, um nach den Erfahrungen im letzten Feldzuge die geeignetste Equipirung der Infanterie in Erwägung zu ziehen, zum größten Theil als abgeschlossen zu betrachten. Hiernach wird der bisherige Waffenrock mit einer Reihe Knöpfe beibehalten, nur wird künftig der Kragen niedriger und läuft vorn vom Schlusse aus schräg auseinander, damit dem Halse des Soldaten eine möglichst freie Bewegung gestattet ist. Die Beinkleider bleiben von demselben dunkelgrauen Tuche und Schnitte, wie jetzt, sollen aber nicht mehr gefüttert werden, wofür die Mannschaften Unterbeinkleider erhalten. Da die Schäfte der Stiefeln erhöht werden, so sollen künftig bei Märschen, Felddienstübungen, Manövern 2c. die Beinkleider in die Stiefelschäfte gesteckt getragen werden. Endlich wird auch der Helm, aber nur für den Frieden, beibehalten. Im Feld führt der Soldat zwei Feldmützen. Uebrigens wird der Helm leichter. Er soll möglichst

aus einem Lederstücke gepreßt werden, so daß alle diejenigen Metallbeschläge wegfallen, welche nur den Zweck haben, die bisher vorhandenen Nähte zu verdecken und zu schützen. Das Gewicht des Helmes wird allerdings schon hierdurch erheblich verringert.

— Dem Vernehmen nach soll es zukünftig jungen Leuten aus dem Verbande der norddeutschen Bundesstaaten gestattet werden, nach ihrem Belieben ihrem freiwilligen Militärdienst in jeder der Bundes-Armeen genügen zu können.

— Die Frage, ob in dem norddeutschen Bunde die Freihafenstellung der Hansestädte oder deren völliger Anschluß an den Zollverein im gewerblichen und Handelsinteresse Deutschlands den Vorzug verdiene, ist im Collegium der Berliner Kaufmannschaftsältesten zur Anregung gekommen. Auf Grund eingehender Erörterungen sind letztere zwar zu der Ansicht gekommen, daß eine Freihafenstellung, wie dies die Erfahrung der meisten Länder gezeigt hat, auf die Dauer nicht haltbar, sie glauben aber sich jeder Vorstellung um so mehr enthalten zu müssen, als nach erfolgtem Anschlusse Mecklenburgs und Schleswig-Holsteins an den Zollverein die Zeit nicht fern sein werde, wo die Hansestädte selbst ihr Interesse in dem Einschlusse in die gemeinschaftliche Zollgrenze finden würden.

— Der Justizminister von Dänemark hat auf Antrag des preußischen Gesandten die dänische Zeitung „Heimdalt" in Anklagestand versetzt. Der Regierungserlaß erregt große Sensation. Das Blatt nannte Preußen eine aus Dieben und Räubern bestehende Nation.

— In einem furchtbaren Sturme ist in der Mount's Bay, unweit des Vorgebirges Lizard Point, eine vermuthlich griechische Brigg, mit Kaffee beladen, gescheitert und fast ohne Spur verschwunden. Nur einem Seemanne gelang es, sich an's Land zu retten, die übrigen, ungefähr zwanzig an der Zahl, sind mit dem Schiffe zu Grunde gegangen.

— In Camerati-Ticeno (in den Marken gelegen) sind Arbeiter-Unruhen, ähnlich wie sie in Roubaix stattfinden, ausgebrochen.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 2. April.

— Die gestern in unserm Stadtkreise abgehaltene engere Wahl zwischen den beiden Kandidaten Herren Justiz-Rath Dr. Martens und Kommerzien-Rath Th. Bischoff ist zu Gunsten des Ersteren mit einer Majorität von 35 Stimmen entschieden. Hr. Martens hatte 4661 Stimmen und Hr. Bischoff 4626 Stimmen, vorbehaltlich der durch den Herrn Wahl-Commissarius zu vollziehenden Prüfung. Die national-liberale und Fortschritts-Partei wird zwar eine letzte Anstrengung machen, den Sieg der sogenannten Altliberalen und Konservativen anzuzweifeln und einen Protest gegen die vom Militär für Herrn Justizrath Martens abgegebenen 711 Stimmen einbringen, doch dürfte demselben voraussichtlich keine Folge gegeben werden können, da es den Militair-Personen vollständig frei gestellt ist, mitzuwählen oder nicht, und im Uebrigen alle im Gesetz vorgesehenen Formalitäten erfüllt worden sind. Wir glauben mit Bestimmtheit versichern zu können, daß das persönliche Erscheinen des Herrn Justizrath Martens in der letzten politischen Versammlung wesentlich auf den Ausfall dieser Wahl influirt hat, da durch dasselbe alle Bemängelungen der Gegenpartei widerlegt wurden.

— [Militairisches.] Dem Ober-Stabs- und Regiments-Arzt Dr. Telke vom 7. Ostpr. Inf.-Regt. No. 44 ist der Abschied mit dem Titel als General-Arzt bewilligt; als sein Nachfolger ist der Stabs- und Bat.-Arzt Dr. Boretius als Ober-Stabs- und Regimts.-Arzt mit Hauptmanns-Rang befördert; der Unter-Arzt Dr. Klawitter, vom 4. Ostpr. Landw.-Regt. No. 5 ist der Charakter als Assistenz-Arzt verliehen.

— Dem Landrath des Kreises Stuhm im Regierungs-Bezirk Marienwerder, Graf Heinrich von Rittberg, ist der Rothe Adler-Orden vierter Klasse verliehen worden.

— Der Verein junger Kaufleute wird durch Beschluß noch einstweilen bestehen bleiben.

— Bei der Blumenausstellung, welche der Gartenbau-Verein gelegentlich seines Stiftungsfestes veranstaltet hatte, erhielten Preise: Herr Lenz für Azalien, Herr Reiche für Rosen, Herr A. Rathke für Alpenrosen, Herr Ehrlich für Hyazinthen und Herr Blendowski für blühende Gruppen.

— (Handwerker-Vereins.) In der gestrigen Sitzung hielt Hr. F. W. Krüger einen freien Vortrag über die ewige Siebenhügelstadt Rom und seine bewunderten Denkmäler. Hr. Krüger legte zwar den Plan Rom's seinem Vortrage zu Grunde, schöpfte aber das Material dazu aus dem reichen Schatze seiner Erfahrungen, welche er bei seinem jahrelangen Aufenthalt in Rom gesammelt hatte. Beginnend mit dem ältesten Bauwerke der Römer, der Cloaca maxima, welche, zur Entwässerung des Stadtgebietes dienend, unter Servius Tullius errichtet worden ist und in die Tiber mündet, — wurden vom Vortragenden das Pantheon mit der Grabstätte Raphaels, die Engelsburg, die Peterskirche, der Vatikan, das Quirinal u. s. w. unter Berücksichtigung der Bauart und des dazu verwendeten Materials beschrieben, — der Weg bezeichnet, welchen die siegreich heimkehrenden römischen Feldherrn mit ihren Legionen bei den Sieges-Einzügen nahmen und wo die Siegesfeste gefeiert wurden. Die Tempel der Venus und Roma, die Ruinen des 80.000 Menschen fassenden Kolosseum, der Neubau der Paulskirche wurden vor das geistige Auge der Zuhörer geführt, und wußte Hr. Krüger seine Wanderungen überhaupt durch characteristische Skizzen sehr anziehend zu illustriren. Der Fragekasten bot Folgendes: 1) Der Vorstand wird ersucht, Hrn. W. Finn für den Verein auf 2 Abende zu engagiren. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß dem Gewerbe-Verein dies wohl möglich sei, aber der Handwerker-Verein nicht die Mittel habe, 50 Thlr. für diesen Zweck zu verwenden; überdem hätten diejenigen Herren, welche in dem Verein naturwissenschaftliche Vorträge gehalten, so gründliche Aufklärungen in der Experimental-Physik gegeben, wie Hr. Finn bei der Kürze der Zeit dies nicht thun könne. Namentlich sei der letzte Vortrag des Hrn. Dr. Lampe über Spektral-Analyse ein sehr lehrreicher gewesen. 2) Besteht der Pulver-Explosionsfonds noch und welchen Zweck hat derselbe jetzt? Der Vorsitzende: Nachdem die unglückliche Katastrophe am Kavalier Jacob erfolgt war, wurde in fast allen Ländern Europas für die Geschädigten unserer Vaterstadt gesammelt, und es kam eine solche Summe ein, daß nach reichlicher Bemessung aller Beschädigungen durch die Pulver-Explosion, noch einige Tausend Thaler übrig blieben, die auf Vorschlag des Kommunalvorstandes einen Fonds bilden sollten, welcher für außerordentliche Unglücksfälle in der Stadt zu reserviren sei. Im Jahre 1831 wurde z. B. bei der furchtbaren Epidemie Ausgaben aus diesem Fonds bestritten; derselbe hat durch Zinsenzuwachs die Höhe von 18,000 Thlrn. erreicht. Unterstützungen dürfen laut Statut jedoch nur für solche Unglücksfälle gezahlt werden, welche im Weichbilde der Stadt geschehen sind. — 3) Hat die Königl. Regierung die Genehmigung zur Erhebung der dritten Rate Kommunalsteuer zu ertheilen? Vorsitzender: Nein! (gleichzeitig erfolgt eine Aufklärung über die bekannten Motive, welche der Erhebung zu Grunde liegen.) 4) Hr. A. Klein beantwortet die reponirte Frage: ob Lehrlinge in den Handwerker-Verein aufgenommen werden können, dahin: daß Schüler, Lehrlinge und Frauenspersonen nur von politischen Vereinen laut Gesetz ausgeschlossen, in Bildungsvereinen dagegen eine Beschränkung bei der Aufnahme nicht vorgesehen ist.

— Am 16. Mai wird Herr Director Wölfer das hiesige Victoria-Theater eröffnen.

— Es ist für jedes Büreau, Comtoir, Hotel, wie überhaupt für jeden Geschäftsmann einer großen Stadt der Wohnungs-Anzeiger ein wirkliches Bedürfniß. Wir können es deshalb dem Herrn Polizei-Secretair Eyff Dank wissen, daß derselbe von Zeit zu Zeit, so oft es die Nothwendigkeit erheischt, an die äußerst mühsame Arbeit geht, einen Wohnungs-Anzeiger zusammenzustellen, obgleich er nicht nur keinen pekuniären Gewinn bei den früheren Ausgaben gehabt hat, sondern kaum auf die kostspieligen Auslagen gekommen ist. Da Herr Eyff Vorsteher des Einwohner-Melde-Amtes ist, so fließen demselben auch alle Personal-Zu- und Abgänge, wie die Wohnungs-Veränderungen so schnell und genau wie möglich zu, und Niemand wäre im Stande, einen richtigeren Wohnungs-Anzeiger zu liefern, als er. Diese Materialien benutzt Herr Eyff denn auch mit größter Gewissenhaftigkeit zu diesem Geschäftsbuche, wie man aus dem reichhaltigen Inhalte des soeben erschienenen 16. Jahrganges ersieht, welcher aus 13 Haupt-Abtheilungen besteht und 19½ Druckbogen einnimmt. Die neue Ausgabe enthält übrigens wiederum so wesentliche Vervollständigungen und nützliche Verbesserungen, daß das Buch jetzt wohl alle Wünsche und Ansprüche erfüllen dürfte. Wir wünschen dem Herausgeber, daß seine Bemühungen auch die nöthige Unterstützung Seitens des Publikums fänden.

— In dem Bernsteinarbeiter Christmann'schen Hause, Bischofsberg Nr. 8, entzündete sich gestern Abend gegen ½9 Uhr in Folge einer mangelhaften Feuerungsanlage die hölzerne Schaalwand der Küche im 1. Stockwerke. Die zur Hülfe gerufene Feuerwehr beseitigte die Gefahr durch Entfernung der brennenden Holztheile und Abreißen des feuergefährlichen Kochheerdes. — Heute Morgen wurde Feuer in der Gelb'schen Dampf-Schneidemühle am Eimermacherhof gemeldet. Zum Glück beschränkte sich die Gefahr auf eine Parthie brennender Sägespähne im Kesselhause der genannten Mühle, die in Folge aus der Feuerung gefallener Funken sich entzündet hatten und noch rechtzeitig von den daselbst beschäftigten Arbeitern ausgegossen werden konnten.

— Die Fischerei hat in diesen Tagen im Lachsfange eine gute Ernte gehabt, denn das Sprichwort: „Im Trüben ist gut fischen" bewährte sich nach dem Eisgange. Die Zufuhr an Lachsen war deshalb auch recht bedeutend, und wurden dieselben pro Pfund mit 4 bis 5 Sgr. auf dem Markte bezahlt.

— [Weichsel-Trajekt vom 1. April.] Terespol-Culm regelmäßig per fliegende Fähre; Warlubien-Graudenz per Kahn bei Tag und Nacht; Czerwinsk-Marienwerder per Kahn bei Tag und Nacht. Uebergang bei Thorn.

— Bei Rothebude war eine Eisstopfung eingetreten und für die dortige Gegend große Gefahr vorhanden; doch hat sich dieselbe glücklich gelöst.

— Aus Pillau schreibt man: Das Eis aus dem Elbinger Haff ist seit 3 Tagen im Gange und hat der milden Witterung wegen bedeutend an Stärke verloren. Es steht daher zu erwarten, daß das Elbinger Haff in einigen Tagen offen sein wird. Im Königsberger Haff liegt das Eis noch fest.

— Ein grauenhafter Raubmord ist am 24. v. Mts. in der Forst bei Johannisburg verübt worden. Am gedachten Tage ging nämlich ein Jude durch den Wald nach Weissuhnen zu. Unterwegs gesellte sich zu ihm ein Knecht, welcher plötzlich ein Handbeil hervorzog, mit demselben den Juden tödtete und ihn dann seiner Baarschaft beraubte. Das Gewissen trieb den Mörder, sich schon zwei Tage später einem seiner Mitknechte zu entdecken, welcher die Sache anzeigte. Schon 14 Tage lang soll der Mörder, seinem eigenen Geständnisse nach, seinem Opfer aufgelauert haben.

Mewe. Die kühne Räuberbande Embacher und Consorten ist, an Händen und Füßen wohlgeschlossen, auf zwei großen Wagen verpackt, unter starker Bedeckung im hiesigen Zuchthause eingetroffen. Die saubern Patrone, deren Held, Embacher, ein alter Bekannter unserer Anstalt ist, zeigten das gleichgiltigste Gesicht von der Welt und lieferten so eigentlich das widerlichste Bild großer sittlicher Verworfenheit. Der Hehler Auerbach langte in einer besondern Equipage an

Stadt-Theater.

Die außerordentliche Bühnenwirksamkeit und Anziehungskraft des Benedix'schen Lustspiels: „Die zärtlichen Verwandten" hat sich gestern Abend auch in den reich gefüllten Räumen unseres Stadt-Theaters auf's Glänzendste bewährt. Ganz abgesehen von der eminenten Leistung unseres geschätzten Gastes, dessen Meisterschaft durch eine eben so feine als natürliche Behandlung des Conversationstones die Vorstellung beseelte, war die Besetzung aller Rollen eine so sorgfältige und ihre Durchführung eine derart vortreffliche, daß wir kaum wissen, wem wir den Vorzug ertheilen sollen. Frau Director Fischer hat durch ihre ausgezeichnete Leistung als nicht altern-wollende Kokette in einer für sie ganz neuen Sphäre sich ein doppeltes Verdienst um die Förderung und den durchschlagendsten Erfolg dieses Lustspiels erworben, Fräul. Lehnbach spielte die zum Aschenbrödel herabgedrückte, zartfühlende Thusnelda vortrefflich, Frl. Albert als muntere Ottilie ließ ihrem Humor die Zügel schießen und wußte durch ihr schelmisches Lachen auch den größten Hypochonder mit fortzureißen, und die naive Iduna, Fräulein Koch, war allerliebst. Auch die Inhaber der älteren Parthieen (Kammerräthin Frau Göllner und der Blaustrumpf Ulrike Frau Treptow) führten ihre Rollen höchst charakteristisch und mit Beifall durch. Von den Herren müssen wir wie immer Herrn Göbel volle Anerkennung zollen, der sich wie die Herren Dr. Koeth, Lortzing u. Treptow um das Gelingen des Ganzen verdient gemacht, wenn auch diesen Parthien nicht so reicher Beifall zu Theil werden konnte als der dankbaren Rolle des bornirten Schummrich, die von Herrn Rösicke in sehr guter und consequenter Auffassung dargestellt wurde. Es wäre Unrecht, das Verdienst der Regie hiebei vergessen zu wollen, denn das Ensemble war ein so präcises und lebensfrisches, wie die Ausstattung der Scene elegant und wohnlich war. Dazu die prächtigen Toiletten unsres ganzen jugendlichen Damenflors, das elegante, weltmännische Auftreten des Gastes, seine leichte, naturgetreue und reich nüancirte Darstellung, und der dadurch belebte heitere Lustspielton aller Mitwirkenden machte einen so günstigen Totaleindruck, daß der Beifall gar kein Ende nehmen wollte. Wir wollen vom Inhalt des Stückes unsern Lesern nichts verrathen, sie werden hoffentlich Gelegenheit finden, sich selbst zu überzeugen; nur so viel zur Motivirung des großen Erfolges: Das reizende Lustspiel, seine Charaktere und Situationen sind aus dem Leben gegriffen und wurden lebenswahr dargestellt. Damit erklärt sich zugleich der gesteigerte Erfolg des Köckert'schen Gastspiels.

Gerichtszeitung.

Schwurgerichts-Sitzung vom 1. April.

Zu der am heutigen Tage eröffneten Schwurgerichts-Periode sind folgende Geschworne geladen und erschienen: Major a. D. Krampitz. Rent. G. H. Kraatz. Schneider-Meister Johannes Krause. Bäckermeister J. C. Krüger. Kfm. J. G. Lickfett. Kfm. P. L. Lietzmann. Apotheker v. d. Lippe. Kfm. E. Löwenstein. Kfm. S. L. Mankiewicz. Rentier W. v. Mannstein. Schiffsbaumstr. D. Maßmann. Kfm. C. A. Mauß. Kfm. H. W. Meyer. Kfm. E. G. Matzko. Mäkler A. Mellien. Kaufm. C. J. B. Meyer. Kaufm. R. Mischke. Kommerzienrath G. L. Mix. Kfm. Selig Moritzsohn. Kfm. Moritz Münsterberg. Apotheker Neuenborn. Rent. Theod. Wannow und der General-Secretair des landwirthsch. Vereins Martini aus Scharfenort. Gutsbesitzer Franz Genschow. Rittergutsbesitzer Karl Pohl aus Senslau. Landschaftsrath A. Heyer aus Straschin. Holz-Capitain Fleischer a. Strobteich. Papier-Fabrikant G. Frintzel aus Koliebken. Rittergutsbesitzer Hering aus Occalitz. Rittergutsbesitzer v. Zelewski aus Lonczyn.

1) Die Sitzung wurde eröffnet mit der Untersuchungssache gegen den Arbeiter Vergien aus Borgfeld wegen versuchter vorsätzlicher Brandstiftung. Am 31. Dezember v. J. brach auf dem Gehöft des Eigenthümers Bock in Borgfeld Feuer aus: eine Scheune und ein Stall brannten nieder; das mit diesen verbundene Wohnhaus wurde ebenfalls zerstört. Es hat sich aber nicht ermitteln lassen, ob durch Feuer oder durch Einreißen. Richtig ist es zwar, daß das Feuer sich dem Wohnhause mitgetheilt hatte, und zwar auf dem Boden, indessen wurde dasselbe durch den mit einer Schlauchspritze anwesenden Inspector Bucksbaum aus Schönfeld gelöscht. Als es demnächst wieder in der Giebelstube anfing zu brennen, wollte Bucksbaum auch hier sein Druckwerk anwenden, es wurde ihm aber der Schlauch entzweigeschnitten und er dadurch außer Thätigkeit gesetzt. Die anwesenden Leute aus dem Dorfe versuchten dagegen das Haus, ohne daß irgend Gefahr für dasselbe vorhanden war, einzureißen. Der ebenfalls anwesende Inspector Liedtke aus Straschin suchte dies zu verhindern, er ging durch die Räumlichkeiten des Hauses und sah hier, daß in der Ecke der Stube über dem Ofen das Feuer vom Boden noch etwas durchglimmte, und daß offenbar in der Absicht, das Feuer von oben nach unten zu leiten, ein Mann einen Wisch Stroh mit dem Stiele seiner Axt zwischen den Ofen und die Decke, gerade unter die Stelle schob, wo jenes Feuer glimmte. Er erkannte in diesem Mann den Vergien. Derselbe giebt dies zu und räumt auch ein, es in der Absicht gethan zu haben, dem Feuer eine größere Verbreitung zu geben, damit das Haus abbrenne. Er giebt zu seiner Entschuldigung an, daß schon viele Leute an dem Hause gerissen hätten und er der Meinung gewesen wäre, es sei gleich, ob es herunterbrenne oder heruntergerissen werde. Die Geschwornen sprachen das Schuldig mit 7 gegen 5 Stimmen aus. Der Gerichtshof schloß sich der Majorität der Geschwornen an und verurtheilte den Vergien zu 10 Jahren Zuchthaus.

2) Am 15. Januar d. J. hat der Kolporteur Bendikowski bei der hiesigen Sparkasse 5 Thlr. eingezahlt und dafür ein Sparkassenbuch mit Nr. 79,947 erhalten. Dasselbe wurde im Januar d. J. auf der Sparkasse gefälscht präsentirt. Vor der Zahl 5 war eine 9 gesetzt und aus dem Worte „fünf Thaler“ durch Ueberschreiben und Radiren die Worte „fünf und neunzig Thaler“ gemacht. Außerdem ist darunter eine neue Eintragung von 85 Thlrn. und der Name Rodenacker fälschlich gesetzt. Bendikowski gesteht die Fälschung und folgenden Sachverhalt zu: Im Herbst 1864 gab ihm seine Schwiegermutter 200 Thlr. mit dem Auftrage, diese Summe auf die Sparkasse zu tragen. Er verbrauchte jedoch einen großen Theil des Geldes für sich und gab seiner Schwiegermutter, verehel. Lietzau, als sie ihr Geld zurückverlangte, im Herbste 1865 — 50 Thlr. Im Januar 1866 bestand die Lietzau auf vollständige Rückgabe des Geldes. Nunmehr verschaffte er sich durch Einzahlung von 5 Thlrn. das fragliche Sparkassenbuch Nr. 79,947, fälschte dasselbe und übergab es der Lietzau unter der Vorspiegelung, daß er für sie 180 Thlr. auf der Sparkasse eingezahlt habe. Außer dieser Unterschlagung und Urkundenfälschung hat sich Bendikowski einer zweiten Unterschlagung von 7 Thlrn. 26 Sgr. Lotteriegewinngelder, welche er seinem Mitspieler Hausdiener Schröder als dessen Gewinnantheil zahlen sollte, schuldig gemacht, indem Bendikowski dieses Geld in seinen Nutzen verwendet hat. Bei dem Geständnisse des Angeklagten traten die Geschworenen nicht ein. Der Gerichtshof erkannte unter Annahme mildernder Umstände 1 Jahr Gefängniß, 100 Thlr. Geldbuße event. noch 4 Monate Gefängniß und Ehrverlust auf 1 Jahr.

Auflösungen des Räthsels in Nr. 77 d. Bl.:
„Schnitt“
sind eingegangen von A. Klitzkowsky, Schulvorsteher; Louise Quiring; Martha St.; H.; J. Strößenreuter.

Kirchliche Nachrichten vom 25. März bis zum 1. April.

St. Marien. Getauft: Diener Müller Tochter Hedwig Minna. Oberfeuerwehrmann Sommer Sohn Gustav Franz.

Aufgeboten: Kaufm. Carl Aug. Wilh. Heidfeld mit Jgfr. Joh. Maria Hermes a. Berlin. Handlungsgeh. Herm. George Theod. Grauert mit Jgfr. Caroline Emilie Jantzen. Regiments-Sattler Friedr. Poignon a. Osterode mit Jgfr. Justine Carol. Wilhelm. Eichhorn. Schuhmachergesel. Joh. Christoph Friedr. Sinnig mit Jgfr. Emilie Sondermann. Hauszimmergesel. Aug. Gottfried Schwichtenberg mit Jgfr. Renate Richter.

Gestorben: Schneidermstr. Heinrich Kaunitz, 52 J. 13 T., Lungen-Entzündung. Boten-Frau Joh. Cathar. Freymann, geb. Hews, 48 J. 11 M. 19 T., gastr.-nerv. Fieber. Schuhmachermstr. Harnisch todtgeb. Tochter. Kaufm. Joh. Nonnenprediger, 66 J. 10 M., Alterschwäche.

St. Johann. Getauft: Putzhändler Nowski Tochter Selma Amalie Franziska. Fleischermstr. Hoffmann Tochter Käthe Selma Martha. Tischlermstr. Kalinowski Sohn Ferdinand Adolph Gustav.

Gestorben: Jungfrau Rosalie Maria Aug. Hübner, 17 J., Lungen-Entzündung. Putzhändler Nowski Tochter Amalie Selma Franziska, 1 M., Vereiterung des Zellgewebes. Brauergeh. Foth Sohn Emil Otto Richard, 2 M., Convulsionen. Böttchermstr.-Frau Joh. Maria Karpenkiel, geb. Rung, 62 J., Lungentuberkulose.

St. Catharinen. Getauft: Instrumentenmachergeh. Flohr Sohn Gustav Adolph Eugen Felix.

Aufgeboten: Kgl. Lieut. a. D. Herm. Christoph Felix Freiherr v. Kanne mit Fräul. Agnes v. d. Marwitz. Mühlenwerkführer Aug. Jul. Alex. Trummer mit Jgfr. Louise Wilhelmine Nagel. Schlossergesel. Joh. Carl Herm. Spenker mit Emilie Fischer.

Gestorben: Maurergesel.-Frau Charl. Lisette Gronwald, geb. Moritz, 45 J. 11 M. 4 T., Nieren-Entzündung. Schneidermstr. Friedr. Ed. Kranz, 52 J. 11 M., Lungenschwindsucht. Schuhmachermstr. Mutschinski Sohn Franz Otto, 10 M. 27 T., Halsbräune. Eigenthümer-Frau Dorothea Dombrowski, geb. Koßlinski, 90 J., Alterschwäche. Maschinenbauer-Frau Math. Louise Neydorff, geb. Böttcher, 38 J. 3 M. 28 T., Lungen-Entzündung. Schneidermstr.-Wwe. Eleonore Florent. Wittke, geb. Koppe, 74 J. 9 M. 6 T., Gehirnschlag.

St. Bartholomäi. Getauft: Zimmergesel. Beuster Tochter Natalie Auguste Elise. Leistenschneider Meitzen Tochter Selma Bertha Hedwig.

Aufgeboten: Inval.-Hautboist Jul. Aug. Lange im Inf.-Regt. No. 4 mit Jgfr. Louise Amalie Rück. Bernsteinarbeiter Wilh. Ferdin. Heinicke mit Jgfr. Auguste Emilie Witt.

Gestorben: Todtengräber-Wwe. Anna Dobbermann, geb. Kuchhoff, 93 J., Alterschwäche. Wwe. Carol. Sell, geb. Küster, 68 J., Wassersucht. Klempnermstr. Wilhelm Tochter Bertha Julianne, 1 J. 21 T., Lungenkatarrh.

Schiffahrt im Hafen zu Neufahrwasser
pro Monat März 1867.

Eingek.: Segelsch. 25 — Abgesegelt: Segelsch. 26
do. Dampfsch. 17 — do. Dampfsch. 19
Summa 42 Sch. — Summa 45 Sch.

Davon kamen aus:		Davon gingen nach:
16	englischen Häfen	27
15	preußischen	4
7	dänischen	1
2	holländischen	4
1	schleswig-holsteinischen	1
1	belgischen	3
—	schwed. u. norwegischen	1
—	oldenburgischen	1
—	französischen	3
42		45

Von den eingekommenen Schiffen hatten geladen: Ballast 15, Stückgüter 9, Steinkohlen 8, Mauersteine, Cement, Eisenbahnschienen je 2, Kalksteine, Salz, Dachpfannen, altes Eisen je 1 Schiff.

Von den abgesegelten Schiffen hatten geladen: Versch. Getreide 18, Weizen 10, Holz 6, Weizen und Gerste 3, versch. Getreide und diverse Güter, Roggen je 2, Wicken, Oelkuchen, Thierknochen, Ballast je 1 Schiff.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 1. April:
Pieper, Ernte; u. Kemp, Mathilde, v. Stettin, m. Granitsteinen, Offermann, Ernte, v. Oland, m. Obst. Hutton, Swanland (SD.), v. Hull, m. Gütern. — Ferner 13 Schiffe m. Ballast.

Angekommen am 2. April.
Hansen, Medea (SD.), v. Amsterdam, m. Gütern. Strachan, Activ; u. Scott, Paladium, v. Dysart; Smith, Scottish Maid, v. Clackmannan; u. Scott, Jane u. Isabella, v. St. Davids, m. Kohlen. Naase, Selma, von Stettin, m. Gütern. Lyall, Lord Clyde; Summers, Philordi; u. Buchan, Baltic, v. Dysart, m. Kohlen. — Ferner 7 Schiffe m. Ballast.

Ankommend: 10 Schiffe. Wind: SW.

Geschlossene Schiffs-Frachten vom 1. April.

London 14 s pr. Load ficht. Balken u. 16 s pr. Load Dielen. Sunderland 10 s pr. Load fichtene u. 14 s pr. Load eichene Balken. Grimsby 11 s pr. Load □-Sleepers. Amsterdam 15 s 6 d pr. eingenommene Load ficht. Dielen.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 2. April.

Weizen, 80 Last, 125.26—130pfd. fl. 560—632½; 121pfd. fl. 540; 118.19pfd. fl. 505 pr. 85pfd.
Roggen, 118.19pfd. fl. 351 pr. 81⅚pfd.
Weiße Erbsen, fl. 355 pr. 90pfd.
Große Gerste, 108.109pfd. fl. 306 pr. 72pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 2. April.

Weizen bunt 120—130pfd. 88—102 Sgr.
hellb. 122.32pfd. 95—107 Sgr. pr. 85pfd.
Roggen 120.26pfd. 59/60—62 Sgr. pr. 81⅚pfd.
Erbsen weiße Koch- 62—65 Sgr. } pr. 90pfd. Z.-G.
do. Futter- 57—60 Sgr. }
Gerste kleine 100—110pfd. 48—53 Sgr.,
do. große 105.112pfd. 50/51—53/54 Sgr. pr. 72pfd.
Hafer 30—33 Sgr. pr. 50pfd. Z.-G.
Spiritus 16⅓ Thlr.

Meteorologische Beobachtungen.

1	4	339,67	4,0	West flau, leicht bewölkt.
2	8	337,38	2,0	do. mit Regen.
	12	336,14	4,2	do. mäßig, bedeckt.

Walter's Hotel:
Oberst u. Kommand. Gäde a. Königsberg. Major v. Einem u. die Hauptleute Gündell, v. Berkefeld und Friederici a. Danzig. Die Rittergutsbes. Baron v. Räßfeld a. Lewino u. Rehefeld a. Stecklin. Rittergutspächter Heyer a. Lewino. Die Candidaten Euler a. Rutzau u. Schulze a. Göttingen. Opernsänger Colomann-Schmidt a. Hamburg.

Hotel du Nord:
Rittmstr. Ebeling n. Fam. a. Hannover. Ingenieur Koch n. Fam. a. Heppens a. d. Jahde. Rittergutsbes. Drawe a. Saskoczin.

Hotel zum Kronprinzen:
Die Rittergutsbes. de Terra a. Gr.-Lauth u. Heine n. Gattin a. Stangenberg. Gutsbes. Aßmuß a. Groß-Wißling. Fabrikant Michelsohn a. Berlin. Die Kaufl. Simon a. Mainz, Cohn a. Berlin u. Rosenberg aus Culm. Rentier Möller a. Christiania. Schiffskapitain Biebach a. Stepenitz.

Hotel d'Oliva:
Rittergutsbes. Möller a. Kaminitza. Rent. Pernow a. Berlin. Superintendent Gehrt a. Wotzlaff. Gerichts-Sekretair Richart a. Neustadt. Förster Engelbrecht aus Mirchau. Die Kaufl. Kretschmer u. Fleischer a. Berlin u. Fleischer a. Berent.

Bekanntmachung.

Sowohl die am 1. April c. fällig werdenden halbjährlichen Zinsen von den Danziger Stadt-Obligationen des Jahres 1850, als auch die bis jetzt nicht erhobenen Zinsen derselben Obligationen für frühere Termine, können vom **3. April c.** ab an jedem Wochentage in den Vormittagsstunden auf der Kämmerei-Kasse gegen Einlieferung der betreffenden Coupons in Empfang genommen werden.

Danzig, den 19. März 1867.

Der Magistrat.

[Eingesandt.]

Gestern wurde uns die Wahl schwer, wo wir hingehen sollten. Da wir dem Grundsatz folgten, erst das Geschäft, so ersuchen wir jetzt auch um das Vergnügen einer baldigen Wiederaufführung der „zärtlichen Verwandten.“

Müller und Schulze.

Der **diesjährige Pferdemarkt** wird
am 27., 28. und 29. Mai c.
hierselbst, auf dem Platze zwischen dem Tragheimer und Steindammer Thore, abgehalten werden.

Anmeldungen zu Stallungen können nur bis zum **5. Mai c.** berücksichtigt werden; ein offener Stand kostet pro Pferd 4½ Rthlr., ein Kastenstand 5 Rthlr.

Alle Ställe werden zu 5 oder 10 Pferden erbaut; besondere, für sich allein bestehende Ställe auf eine **andere Anzahl** Pferde können sonach nicht überwiesen werden.

Briefe und Gelder erbitten wir uns postfrei unter der Adresse des Comité's.

Mündliche Anmeldungen werden von dem **Zahlmeister a. D. Seddig,** Altroßgärter-Kirchen-Straße Nr. 10, unten, entgegengenommen.

Königsberg, den 1. April 1867.

Das Comité für den Pferdemarkt.

v. Bardeleben-Rinau. v. Gottberg-Wulfshöfen. v. d. Gröben-Rippen.
Baron v. d. Goltz-Kallen. v. Zander, Oberst-Lieutenant z. D.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.